

# Verhindert das Parlament Innovation?

Heute entscheidet der Nationalrat über die Verlängerung des Gentech-Moratoriums. Agroscope-Chefin Eva Reinhard bedauert, dass sich die Politik weitgehend von der Gentechnologie verschliesst – und zeigt auf, welche Chancen diese der Landwirtschaft bieten würde.

Chiara Stäheli

BERN. Wann haben Sie zuletzt etwas gegessen, das aus gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt wurde?

**Eva Reinhard:** Ich weiss es nicht. Neueste gentechnisch veränderte Produkte aus dem Ausland sind in der Schweiz nicht immer deklariert. Neue Züchtungsmethoden fallen bei uns und in Europa unter das Gentechnikgesetz, nicht aber in Amerika, Australien, Kanada oder Japan. Wenn wir in den Supermarkt gehen, wissen wir bei ausländischer Ware also nicht, ob diese mit einer neuen Züchtungsmethode produziert wurde oder nicht.

Das Parlament will das Moratorium für genetisch veränderte Organismen verlängern. Eine gute Idee?

**Reinhard:** Nein. Die Aufhebung des Moratoriums wäre eine Chance in vielerlei Hinsicht: einerseits für die Landwirtschaft, die unter grossem Druck ist und nachhaltiger werden will. Neue Sorten könnten die Nachhaltigkeit stark verbessern. Andererseits würde die Züchtung einen Boost erhalten – und die Schweiz könnte als Forschungsstandort international gewinnen. Und das Wichtigste: Mensch und Umwelt könnten profitieren.

Inwiefern?

**Reinhard:** Mit den neuen Züchtungsmethoden gelingt es uns, nachhaltigere Sorten zu produzieren. Und im Ausland werden bereits jetzt Sorten entwickelt, die sich positiv auf die Gesundheit der Menschen auswirken können.

Haben Sie ein Beispiel dafür?

**Reinhard:** Da gibt es beispielsweise ganz neu in Japan die GABA-Tomaten. Diese enthalten besonders viel GABA, einen natürlichen Neurotransmitter. In der Pflanze steigert dieser die Abwehr gegen Schädlinge. Im Menschen wirkt er beruhigend und kann nach dem Essen der Tomate den Blutdruck senken.

Muss sich der Konsument Sorgen machen, wenn er einen gentechnisch veränderten Apfel isst?

**Reinhard:** Nein. Zwischen einem konventionell angebauten Apfel und einem, der gentechnisch verändert, geprüft und offiziell zugelassen wurde, konnten bisher keine toxikologisch relevanten Unterschiede gefunden werden. Wenn der Apfel in der Schweiz im Supermarkt angeboten wird, muss man sich also ganz sicher keine Sorgen machen.

Woher rührt dann die Skepsis?

**Reinhard:** Die Ängste der Bevölkerung beziehen sich meist auf die erste Generation gentechnisch veränderter Pflanzen – obschon auch diese viel weniger risikobehaftet waren, als dargestellt wurde. Die Methoden, die damals angewendet wurden, sind aber nicht mehr vergleichbar mit dem, was heute – 30 Jahre später – in der Züchtung passiert. Die Technologien sind heute sehr viel präziser und spezifischer.

Der Bundesrat argumentiert, die Forschung sei noch nicht so weit, um das Moratorium aufzuheben...

**Reinhard:** Das sehe ich anders. Bereits das Nationale Forschungsprogramm NFP59 hat gezeigt, dass eine gentechnisch veränderte Pflanze nicht risikoreicher ist als eine herkömmlich gezüchtete Pflanze. Das war vor fast zehn Jahren! Seither sind viele weitere Studien und Publikationen veröffentlicht worden. Alle stellen fest, dass gentechnisch veränderte Pflanzen, die geprüft und zugelassen sind, keine negativen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt haben.

Seit der Abstimmung 2005 wurde das Moratorium vom Parlament dreimal verlängert. Weshalb?



Gentechnisch veränderter Weizen ist bisher nur in der Forschung erlaubt.

BILD KEY

**Reinhard:** Die Wissenschaft stand den mehrfachen Verlängerungen immer kritisch gegenüber. Lange herrschte in der Öffentlichkeit die Meinung, dass man diese Technologie gar nicht brauche. Nun ändert sich jedoch das Bewusstsein. Wir brauchen die Gentechnologie, wenn wir zeitnah nachhaltiger werden wollen. Einzelne Bauern, Branchenverbände oder auch IP Suisse äussern sich öffentlich bereits positiv gegenüber den neuen Züchtungsmethoden.



«Mensch und Umwelt könnten von Gentechnik profitieren.»

Eva Reinhard  
Leiterin Agroscope

Und die Bevölkerung?

**Reinhard:** Gerade diesen Sommer zeigte eine Studie der ETH Zürich, dass die Bevölkerung bei der Auswahl zwischen Pflanzenschutzmitteln, herkömmlicher Gentechnologie mit dem Einsetzen eines Fremdgens oder der Veränderung des Genoms mit neuen Züchtungsmethoden eindeutig der Gentechnologie den Vorzug gibt, um den Ertrag zu sichern. Die Deutlichkeit hat mich überrascht. Das sind positive Zeichen. Es wäre schön, wenn diese auch von der Politik aufgenommen würden. Denn es ist doch erstaunlich, dass das Parlament eine Methode wie die Genschere CRISPR/Cas, für die die Erfinder einen Nobelpreis erhielten, der Schweizer Züchtung und der Landwirtschaft vorenthalten will.

Wo können gentechnisch veränderte Pflanzen in der Schweiz eingesetzt werden?

**Reinhard:** Ein Beispiel ist die Zuckerrübe: Diese hat seit einigen Jahren so

stark mit Virus- und Pilzkrankungen zu kämpfen, dass der gesamte Anbau in der Schweiz in Gefahr ist. Da hätte man mit der Gentechnologie relativ schnell eine resistente oder robuste Pflanze entwickelt, die massiv weniger gespritzt werden müsste. Eine andere Möglichkeit sehe ich bei den Kartoffeln. Wir haben bereits Versuche gemacht mit Kartoffeln, die resistent sind gegen die Krautfäule. Diese hätten riesiges Potenzial in der Schweiz. Man muss sie kaum mehr mit Pestiziden behandeln, was ein grosser Nachhaltigkeitsvorteil ist. Heute spritzt ein Kartoffelbauer seine Felder sieben-, achtmal oder noch mehr pro Saison und muss zudem mit Ertragsverlusten rechnen. All das kann verhindert werden, wenn die Politik das Moratorium aufhebt. Und wenn man weiterdenkt: Auch wir werden in der Schweizer Landwirtschaft künftig Probleme haben mit Hitze und Trockenheit. Mit den neuen Züchtungstechnologien kann man Sorten züchten, die auch unter solchen Bedingungen wachsen.

Sollen wir in der Landwirtschaft nur noch auf Gentech setzen?

**Reinhard:** Nein, auch klassische Züchtung, andere Techniken und neue Anbaumethoden sind wichtig. Aber es ist eine Möglichkeit, um zeitnah nachhaltigere Pflanzen zu entwickeln. In der Kombination mit anderen Methoden – zum Beispiel der biologischen Produktion – wäre das optimal.

Die Linken wollen das Moratorium verlängern. Gleichzeitig aber auch den Pestizideinsatz verringern. Wie geht das zusammen?

**Reinhard:** Das kann ich nicht erklären. Vielleicht ist es vielen Politikerinnen und Politikern nicht bewusst, welche enormen Entwicklungen es in den letzten 30 Jahren im Bereich der Gentechnologie gegeben hat.

Welche Auswirkungen hat die Verlängerung des Moratoriums auf Ihre Forschung?

**Reinhard:** Wichtig ist zu verstehen, dass die Vorlage, über die das Parlament entscheidet, nicht einfach eine Weiterführung des Bisherigen ist. Bei einer Annahme wird die geltende Praxis sogar verschärft und das Rad zurückgedreht.

Diese Änderungen würden nicht nur die neuen Züchtungstechnologien betreffen, sondern auch die Weiterentwicklung der bisher vom Gentechnikgesetz ausgenommenen Mutationszüchtung. Die Methoden, welche uns dann noch zur Verfügung stünden, sind definitiv ein Rückschritt in die Vergangenheit. Unsere Züchtungsforschung wird damit eingefroren. Das ist schwer verständlich. Besonders jetzt, wo der Nutzen der neuen Züchtungsmethoden immer deutlicher wird. Heute schon werden uns für Versuche, welche vor zwei Jahren noch nicht in Frage standen, grosse administrative Hürden in den Weg gelegt. Da hat das Bundesamt für Umwelt seine Vorgehensweise geändert. Das ist schädlich und noch was.

«Die Bundesämter müssen das Thema endlich anpacken, damit wir in vier Jahren nicht immer noch am gleichen Ort stehen.»

Bitte.

**Reinhard:** Seit das Moratorium 2018 verlängert wurde, ist nichts geschehen. Die Bundesämter müssen das Thema endlich anpacken, damit wir in vier Jahren nicht immer noch am gleichen Ort stehen.

Sie rechnen also nicht mit der Aufhebung des Moratoriums?

**Reinhard:** Nein, leider sieht es nicht danach aus. Aber ich hoffe, dass das Parlament die Situation nicht noch verschlimmert. Am wichtigsten wäre, keine neuen Einschränkungen hinsichtlich der Züchtungsmethoden zu beschliessen, die ausserhalb des Gentechnikgesetzes anwendbar sind. Wir müssen jetzt alles daransetzen, die kommenden vier Jahre positiv zu nutzen. In dieser Zeit können wir Prüf- und Bewilligungskriterien für mit neuen Züchtungsmethoden hergestellte Pflanzen erarbeiten. Auch könnten mit neuen Bestimmungen während des Moratoriums bereits neue Sorten zugelassen und vermehrt werden, die dann ab 2026 nutzbar wären. Da hoffe ich auf das Parlament.

Sie hoffen?

**Reinhard:** Ich verzweifle schon ein bisschen. Die Schweiz hat keine Edelsteine, kein Erdöl. Aber wir haben seit Jahrzehnten mit die besten Universitäten der Welt. Und die Wissenschaft ist sich einig, dass die Gentechnologie enorme Chancen hat. Die Schweiz ist auf Innovation, Wissen und Know-how angewiesen, wir wurden wohlhabend damit. Warum verzichten wir nun auf eine solche Chance? Warum vertraut man der Wissenschaft nicht mehr? Ich hoffe nun auf die Bauern, die Konsumenten und die Gesellschaft. Vielleicht können sie die Verbände und die Politik überzeugen.

Ist Gentechnik teurer als herkömmliche Züchtungsmethoden wie das Kreuzen?

**Reinhard:** Kurzfristig betrachtet ist die Gentechnik sicher teurer, da man zuerst viel Grundlagenwissen zu Genaktivitäten erarbeiten muss. Hat man dieses, können die Zuchtziele viel schneller erreicht werden, und die Entwicklung einer neuen Sorte wird günstiger. Auch für die Bauern gibt es ökonomische Vorteile. Die Realität zeigt doch schon heute, dass bereits die Ankündigung von kostenpflichtigen Tests die Impfquote erhöht. Einknicken vor Unbelehrbaren tötet!

Sessionsforum Politische Stimmung und Klimapolitik

## Brücken bauen statt zeuseln

Die politische und klimatische Wetterlage ist besorgniserregend. Brückenbauen für die Zukunft wäre jetzt in Bern wichtig, denn alle wünschen sich den normalen Alltag zurück.

Von Martina Munz\*



Die Pandemie beschäftigte uns in dieser Session sehr direkt. Die Stimmung im Land ist aufgeheitert und gehässig. Die Gewaltbereitschaft der Massnahmegegner steigt an. Und die Situation wird politisch instrumentalisiert. Statt Brücken zu bauen wird zusätzlich gezeuselt. Das ist fahrlässig und gefährlich. Die Corona-Demo letzte Woche erinnerte an den Sturm aufs Kapitol und gab den Sicherheitskräften recht, die das Bundeshaus mit einem Zaun abriegelt hatten. Die sogenannten Freiheitstrychler brechen mit unseren Werten und setzen den Zusammenhalt in der Gesellschaft aufs Spiel. Gleichzeitig sind die Intensivstationen voll, und das Pflegepersonal ist am Anschlag.

Die Politik kann nicht einfach nichts tun. Das Zertifikat ist der Schlüssel zur Normalität. Ob geimpft, getestet oder genesen, spielt nämlich keine Rolle. Damit kehren wir zur Normalität zurück und bekommen wieder unsere Freiheit. Sofern die Tests kostenlos bleiben, kann man auch nicht von einem indirekten Impfwang sprechen. Von kostenlosen Tests sind mittlerweile fast alle Parteien überzeugt. Damit fällt auch das Argument der sozialen Ungleichheit. Wer gegen diese Lösung Sturm läuft, zeigt sich nicht nur unsolidarisch, er tut sich auch selbst keinen Gefallen. Der Widerstand könnte zu einem neuen Shutdown führen. Lassen wir doch Vernunft walten und reichen uns wieder die Hand.

In Bern beschäftigt uns ausserdem auch das Klima. Diesen Sommer haben die verheerenden Gewitter und Starkregen, aber auch die extreme Hitze im Süden Europas mit riesigen Waldbränden uns vor Augen geführt, dass die Klimaerwärmung die Naturgewalten entfesselt. Trotz der knappen Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes herrscht Konsens im Nationalrat: Wir müssen schnell handeln. Die Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes kann nicht als grundsätzliches Nein zur Klimapolitik des Bundes gewertet werden, die Bevölkerung will die Wende. Vielmehr hatte das Gesetz zu viele heisse Eisen gleichzeitig angepackt: von Flug-

ticketabgaben über den Benzinpreis bis zum faktischen Aus der Ölheizung. Der Nationalrat berät nun bereits diesen Herbst zwei wichtige Meilensteine zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens. Einerseits muss das geltende CO<sub>2</sub>-Gesetz verlängert werden. Ohne entsprechende Vorlage müssten die Treibstoffimporteure die Emissionen von Benzin und Diesel nicht mehr kompensieren, und Unternehmen mit Verminderungspflicht könnten sich nicht mehr von der CO<sub>2</sub>-Abgabe befreien.

Mit einer weiteren Vorlage wird die Blockade beim Zubau der erneuerbaren Energien gelöst. Das ist dringend nötig. Doch obwohl bei Fotovoltaik das Fördergeld am effizientesten eingesetzt ist, wird Wasserkraft mit hohen Beiträgen überfordert. Für

«Sofern die Tests kostenlos bleiben, kann man auch nicht von einem indirekten Impfwang sprechen.»

LESERBRIEF

Einknicken tötet

Wir Geimpften werden gezwungen, den Verschwörungsanhängern ihr verantwortungsloses Tun weiter zu ermöglichen, indem wir sie mit Hunderten von Millionen Steuerfranken mit Gratistests bedienen. Der Bundesrat soll gefälligst

einknicken, damit die Verschwörer ja keinem Druck ausgesetzt werden. Dass so die niedrige Impfquote nicht erhöht wird, ist offenkundig egal. Dass Intensivbetten immer knapper werden auch, dass dringende Operationen verschoben werden müssen auch, dass Kinder mit Long Covid gefährdet werden auch.

«Staatliches Handeln muss im öffentlichen Interesse liegen» (Art. 5 der Bundesverfassung). Die Volksgesundheit ist doch wohl im öffentlichen Interesse, nicht wahr?

Demnach würde der Bundesrat klar gegen die Verfassung verstossen, wenn er es versäumt, die Impfquote nicht zu erhöhen, indem er die endlose Gratistesterei nicht endlich abstellt. Die Realität zeigt doch schon heute, dass bereits die Ankündigung von kostenpflichtigen Tests die Impfquote erhöht. Einknicken vor Unbelehrbaren tötet!

Peter Diethelm  
Löhningen

Kommentar

### Im Fall Osamah M. leisten sich die Schaffhauser Behörden eine Blamage

Um es vorwegzunehmen: Einen Fall wie ihn wünscht sich kein Sozialamt. Osamah M., der verurteilte Terrorhelfer des Islamischen Staats, ist 2017, nachdem er seine Haftstrafe verbüsst hatte, nach Schaffhausen zurückgekehrt. Da er nicht ausgeschafft werden kann, obwohl er sich 2012 sein Asyl erschlischen hatte und weil er seit vergangenem März, ist für den ungebeten Gast wie bisher das kantonale Sozialamt zuständig. Dass der Iraker, wie sich jetzt herausstellt, von den Behörden an einer sehr langen Leine gelassen wird, ist jedoch nicht dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis der Schaffhauser Bevölkerung kaum in Einklang zu bringen. Denn nach wie vor wird er, der gegen sein Gastland mutmasslich Gewaltakte ausheckte und in vom amerikanischen Geheimdienst abgehörten konspirativen Gesprächen einst meinte, die Schweizer seien «nur zum Enthaupten gut», von der Bundespolizei als gefährlich eingestuft. Dass der wegen einer Querschnittslähmung im Rollstuhl sitzende Iraker für den Kanton offenbar nur als Sozialhilfefall wie andere auch gilt, ist aufgrund dieser kriminellen Vorgeschichte mehr als sonderbar. Gerade wenn der Grundsatz gilt, dass jeder eine zweite Chance verdient, wäre es angezeigt, alles zu tun, damit er sie auch ergreift. Ein enges

Setting mit besonders intensiver Betreuung läge bei einem solchen Fall doch eigentlich auf dem Hand. Es ist erst intensiven Medienrecherchen zu verdanken, dass die Schaffhauser



Mark Liebenberg  
Redaktor Kanton

mark.liebenberg@shn.ch

«Laissez-faire ist in so einem heiklen Fall keine Option.»

Behörden über die offenbar weiterhin enge Vernetzung des Irakers ins einschlägig bekannte jihadistische und radikalislamische Milieu erfahren. Dass der wegen Mitgliedschaft beim «Islamischen Staat» Verurteilte mit Gleichgesinnten bei der Gründung einer eigenen Moschee in Neuhausen mitgewirkt haben soll, ist zwar pikant, aber für sich genommen noch kein Problem: Es gilt die Glaubens- und Versammlungsfreiheit. Die Zeit wird zeigen, wer dort welchen Islam predigt. An einem neuen Hotspot für radikalislamische Kräfte in Schaffhausen jedenfalls hat niemand ein Interesse. Hier müssen nun der Kanton und die dafür zuständigen Fachleute für den

interreligiösen Dialog alles tun, um alle Unklarheiten auszuräumen. Schwer verständlich ist allerdings, dass der Kanton bei ansonsten offenbar eher lascher Betreuung Osamah M. aus einer betreuten Wohnrichtung in der Stadt in eine grosse Wohnung in einem ruhigen Stadtteil einquartiert und ihm überdies eilends einen Namenswechsel erlaubt hat. Auch hier muss sich die Regierung, die dies nach heutigem Kenntnisstand ermöglicht hat, nun erklären. Das gilt erst recht für den Vorwurf, ein Schaffhauser Polizist habe zum Iraker eine freundschaftliche Beziehung gepflegt und ihm vor möglichen Überwachungsmethoden gewarnt. In diesem Fall hat die Polizei nun schleunigst Ermittlungen aufgenommen. Nochmals: Jeder hat eine zweite Chance im Leben verdient. Nur müsste man alles tun, damit er sie auch ergreift. Die neuesten Erkenntnisse deuten nicht darauf hin, dass der Ex-Terrorhelfer einen fundamentalen Lebenswandel vollzöge. Eher im Gegenteil. Dass der Kanton aber zugeben muss, dass man über die Aktivitäten des Osamah M. nicht so genau Bescheid weiss, ist eine Blamage. Die zeigt: Laissez-faire ist in einem so heiklen Fall keine Option. Der Mann gehört sehr eng begleitet und betreut – und im Rahmen des rechtsstaatlich Möglichen stärker kontrolliert.

Pressestimmen

Wahlen in Russland

## ИЗВЕСТИЯ

Sicherlich werden einige politische Akteure in den kommenden Tagen öffentlich erklären, dass sie die Wahlen nicht anerkennen und der Wahlkommission Fälschung vorwerfen. Doch um zu verstehen, ob die Wahlen rechtmässig waren, gibt es eine einfache Formel: Wenn die Erwartungen an die Wahlergebnisse, die Befragungen von Menschen nach der Abstimmung und die Wahlergebnisse selbst übereinstimmen, dann sind die Wahlen rechtmässig. Hier kann es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Die Anhänger des inhaftierten Kremligegners Nawalny haben die Stimmung falsch eingeschätzt. (Iswestija)

THE TIMES

Die Wahlen haben zwei wichtige Fakten über das Putin-Regime deutlich gemacht. Erstens: Der Kreml hat keine Skrupel, die Opposition zu unterdrücken. Zweitens: Je länger sich der Präsident auf eine sogenannte gelenkte Demokratie verlässt, desto wahrscheinlicher wird es, dass die Führungsnachfolge im Chaos endet. Die Art und Weise, wie Putin gewonnen hat, hat seine Schwäche offenbart. Es ist ein Regime, dem die Argumente ausgegangen sind – das mit Kritik von innen und aussen nicht umgehen kann. (The Times)

## Tages-Anzeiger

Putin selber ist zwar «erst» 68. Dank einer Verfassungsänderung könnte er bis 2036 im Amt bleiben, also praktisch auf Lebenszeiten. Ob er das tun wird, ist offen. Ganz offensichtlich hat der Kreml noch keinen Plan, wie man Putin ablösen könnte. (...) Auch in der Politik vertraut Putin nur auf seinen engsten Machtzirkel. Selbst das eigene Volk betrachtet er offensichtlich als ihm feindlich gesinnt. Anders kann man den Aufwand nicht erklären, den der Kreml betrieben hat, um vor den Parlamentswahlen jeden auszuschaalen und mundtot zu machen, der in der Duma etwas hätte fordern können, das dem Kreml nicht passt. (Tages-Anzeiger)

Neue Zürcher Zeitung

Das Resultat mag als Signal dienen, dass der Kreml politisch alles unter Kontrolle hat. Für all jene in Russland, die sich primär nach dem vorherrschenden Wind ausrichten, ist dies nicht unbedeutend. Aber ein gestohlenen Sieg ist nur von beschränktem Wert. Er beruht nicht auf überzeugenden Inhalten, sondern hauptsächlich auf Manipulation, Einschüchterung und der Apathie breiter Bevölkerungsschichten. Für die Zukunft weckt dies keine guten Vorahnungen. Russland hat sich zur unverhüllten Diktatur gewandelt. (Neue Zürcher Zeitung)

Frankfurter Allgemeine

Niemand rechnet angesichts der im Vergleich enorm gestiegenen Repression mit Protesten wegen Wahlfälschungen. Auch nicht in Moskau, obwohl dort die Nachfrage nach neuen Gesichern besonders gross ist: In neun von 15 Wahlkreisen der Hauptstadt hatten Direktkandidaten der Opposition nach Auszählung der herkömmlich abgegeben Stimmen vor Einiges Russland-Kandidaten gelegen. Dann drehten Ergebnisse einer Online-Stimmabgabe, die in Moskau als einer von sieben Regionen möglich war, alle Rennen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung)